

Von Bürgergeld und Freiwilligenarbeit

Auf Einladung des Basler „Netz soziale Ökonomie“ und dessen Initiator Isidor Wallmann war eine Delegation von Inees und „Objectif Plein Emploi“ während zwei Tagen zum Kennenlernen der Projekte des Netzwerkes und zum Informationsaustausch in der Schweiz.

Das „Netz soziale Ökonomie“ bindet eine Vielzahl von Projekten und Organisationen, die in diversen Feldern durch Bürgerengagement, in Selbsthilfegruppen oder auch mit Kooperativen, ein anderes Wirtschaften in Basel praktizieren.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor, der den Zusammenhalt des Netzes nach innen, aber auch die Öffnung nach außen garantiert, ist die Alternativwährung „BonNetzBon“. Der BonNetzBon ist eine lokale Währung, eins zu eins konvertibel mit dem Schweizer Franken, welche bewirken soll, dass der lokale Wirtschaftskreislauf belebt wird. Das Projekt stützt sich auf folgende Grundsätze:

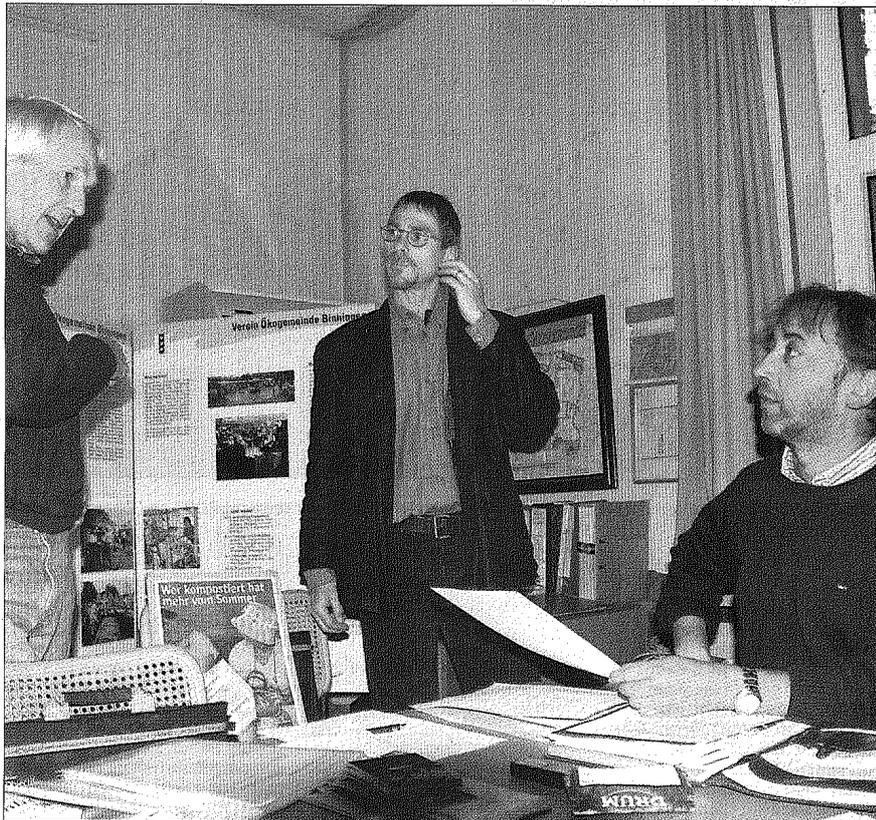
„Mit dem BNB werden sozial und ökologisch wirtschaftende Menschen, Vereinigungen, Geschäfte und Betriebe in Basel und Umgebung unterstützt und gefördert.“

Der BNB kann nicht in die gegenüber Mensch und Natur oft rücksichtslosen, globalisierten und spekulativen Märkte des Wirtschaftssystems abfließen. Er nimmt daher Rücksicht auf die Bedürfnisse der hiesigen Bevölkerung. Der BNB ist unser Beitrag, mit Mensch und Natur sorgfältig umzugehen und destruktiven Entwicklungen entgegenzuwirken.“

Spannend waren außerdem die sehr anregenden Diskussionen mit den Projektmitarbeitern vor Ort. Ausgehend von der Feststellung, dass die Schweiz wie auch Luxemburg zu den kleineren und reicheren Ländern zählen, dass hier wie dort die Wirtschaftsleistung vornehmlich durch den Finanzsektor erfolgt, dass aber auch die Probleme der Armut und der Arbeitslosigkeit qualitativ wie quantitativ ähnlich gelagert sind, wurde versucht herauszufinden, wie beide Netzwerke, das Netz soziale Ökonomie in Basel und OPE in Luxemburg, sich dieser Aufgaben annehmen.

Für ein ökonomisches Dreiecksverhältnis?

Wie so oft in unseren Ländern sind die Zielsetzungen und die Aktivitätsbereiche alternativer Unternehmen recht identisch: Es



Isidor Wallmann, Mitglied des Inees und der Genossenschaft „Netz soziale Ökonomie“, Daniel Egli von der Ökonomie Binningen und Inees-Präsident Romain Biever

geht um eine nachhaltige Form des Wirtschaftens, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht das Kapital. So waren die besuchten Projekte in Basel mit denen in Luxemburg, was ihre Aktivitäten anbelangt, absolut vergleichbar. Es sind lokal verankerte Projekte im Umweltbereich, in den Bereichen der Neuen Technologien (Internetcafés), des sanften Tourismus, der Kultur oder auch der neuen sozialen Dienstleistungen.

Wie so oft aber auch wurden die Diskussionen kontroverser, als es darum ging, die Wege und Mittel zum Erreichen dieses „anderen Wirtschaftens“ zu skizzieren.

Das Basler Netz beruht vornehmlich auf Selbsthilfeprojekten und Kooperativen, das Luxemburger Modell von OPE baut auf Vereinen (associations) auf.

Diskutiert wurde hier die Beschreibung eines Spannungsfeldes, das von beiden Akteuren bearbeitet wird und welches sich komplementär zu unserem aktuellen dualen System, auf der

einen Seite die staatliche Verteilungswirtschaft und auf der anderen die kapitalistisch organisierte Privatwirtschaft, aufbauen kann.

Einerseits stellte sich hier die Frage, ob die Kooperativen, in ihrer Eigenschaft als wirtschaftliche Unternehmen, diese Herausforderung aufnehmen können, da sie ja im Grunde Teil der Privatwirtschaft sind und so sehr schnell des unlauteren Wettbewerbs verdächtigt werden, wenn irgendwelche Transfergelder in die Kooperativen einfließen. Dies unabhängig vom Auftrag, den sie erfüllen wollen, sei er auch philanthropischer Natur.

Andererseits erschien der Verein schon als probates Instrument, um in diesem Spannungsfeld ein anderes Wirtschaften zu ermöglichen. Es wurde das „droit de s'associer“ als Grundrecht der Bürger hervorgehoben, auf welchem sich eine Demokratisierung der Wirtschaft noch am ehesten aufbauen lassen könnte.

Aber auch hier war man sich bewusst, dass noch eine Menge Klärungsbedarf besteht und etli-

che Fallen und Gefahren auf dieser Denkschiene lauern. In diesem Sinne wären, schematisch dargestellt, drei Rechtsbegriffe als zentrale Themen zu nennen, welche in ihrer Komplementarität oder aber in ihrer Gegensätzlichkeit einer gründlichen Analyse bedürfen: das Recht auf Vereinigung, das Recht auf Arbeit und das Recht auf Existenzsicherung.

Ist das Bürgergeld „transfairer“?

Das Recht auf Vereinigung würde, als erstes Prinzip, eine Basis darstellen dürfen, von der aus man das Postulat, „dass man kollektiv besser in der Lage ist, unsere Bedürfnisse zu befriedigen“, als gültig akzeptieren könnte.

Die beiden nächsten Rechte, Arbeit und Existenzsicherung, wären in diesem Kontext eher als Individualrechte anzusehen und fordern uns somit dazu auf, nach einer Vereinbarung mit dem ersten „kollektiven Prinzip“ zu suchen.

An diesem Punkt wurde wieder das „Spannungsfeld“ zwischen Volks- und Privatwirtschaft herangezogen, indem wir den heutigen Status quo, dass die kapitalistische Privatwirtschaft den Reichtum schafft und die Volkswirtschaft einen Teil davon verteilt, als Ausgangspunkt gelten ließen.

In Bezug auf das Recht auf Arbeit wäre in diesem Kontext die Frage zu stellen, ob es sich hier nicht ausschließlich um das Recht auf Lohn- oder Erwerbsarbeit handelt und somit von vorneherein das duale System an sich kompakt genug sein müsste, dieses Recht zu garantieren.

Definieren wir aber Arbeit genereller, losgekoppelt von der Lohn- und Erwerbsarbeit, also eher als „freiwilligen Beitrag“ zur Befriedigung unserer Bedürfnisse, könnten wir das „Spannungsfeld des anderen Wirtschaftens“ als Lösungsvorschlag und Raum, wo dies geschehen kann, heranziehen.

Voraussetzung könnte dann das Recht auf Existenzsicherung, sprich Bürgergeld, sein. Nur muss man dann wissen, dass das Bürgergeld über Transferleistungen erfolgen wird und über den Umweg des Verteilens durch den Staat das kapitalistische privatwirtschaftliche System, welches den Reichtum erschafft, als einzig möglich existierendes legitimiert wäre. Dies käme einer Kapitulation gleich und würde die freiwillig geleistete Arbeit, die dann ja auch nur diesem Marktsystem dienlich wäre, als eine Art moderne Sklavenarbeit erscheinen lassen.

In diesem Sinne erscheint das Argument einer gewonnenen Freiheit durch die Möglichkeit eines freiwillig geleisteten „Arbeitsbeitrages“ mehr als dubios.

Die Möglichkeit, dass die neugewonnene „Freiheit“ viele Menschen in eine noch größere Abhängigkeit führt, ist somit real existierend. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter und eine Spaltung der Gesellschaft ist unausweichlich.

Im Endeffekt wäre somit ein „abhängiges produktives Faktum“ geschaffen und die neoliberale Dominanz wäre total.

Auf jeden Fall waren sich die Teilnehmer an diesen Gesprächen einig, dass noch eine Menge Diskussionsstoff vorhanden ist und dass eine, wie immer auch geartete aktive Beteiligung eines jeden am gesellschaftlichen Wohlergehen ein vorrangiges Ziel ist und ein „anderes Wirtschaften“ im Sinne einer Solidarwirtschaft dem Einheitsdenken einer neoliberalen Ausgestaltung unserer Gesellschaft entgegen gesetzt werden muss.

Neue Ökonomie (6)

„Action sociale pour jeunes“ und die Solidarwirtschaft

Nic Eickmann

Durch ihre Mitarbeit innerhalb der EGLEI (European Group for Local Employment Initiatives) konnte die ASJ Kontakt zu der IAJ (Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe) aufnehmen, um neue Ausbildungsprogramme auszuarbeiten und zu organisieren.

Des Weiteren konnte man von den Erfahrungen der englischen und holländischen Partner Gebrauch machen, indem man die Resultate des Austauschs in die Ausbildungsprogramme einbau-

te. So waren die ersten Ausbildungs-Erfahrungen, zusammen mit der luxemburgischen Straßenbauverwaltung, ganz überzeugend, weil die Jugendlichen hier die Möglichkeit hatten, sich in den traditionellen Handwerken wie Mechanik, Schlosserei, Schreinerei und Gärtnerei auszubilden.

Weil die Zahl der Mitarbeiter mit einem CAT (Contrat d'auxiliaire temporaire) ständig zunahm, wurden sie in zwei Abteilungen aufgeteilt: Eine wurde der Straßenbauverwaltung zugeordnet und die andere wurde mit ver-

schiedenen Arbeiten in den Gemeinden, bei der Bauverwaltung und dem Landwirtschaftsministerium befasst. Zusammenfassend und politisch gesehen nahm die so genannte „Solidarwirtschaft“ immer mehr Einfluss in die Überlegungen und Forschungen der ASJ.

Die Idee der „Solidarwirtschaft“ hatte ihren Ursprung in Frankreich, wo eine Diskussion von Forschern und Interessierten über den Unterschied zwischen einer fest eingepflanzten Sozialen Marktwirtschaft und der alternativen Zweckmäßigkeit einer

Solidarwirtschaft stattfand. Man war der Meinung, dass die solidarische und soziale Wirtschaft unerlässlich für das Wohlergehen der europäischen Gesellschaft sei. So wurde sie auch in der Lisbon-Strategie der EU festgehalten, die vorsieht, bis 2010 den dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum zu bilden, der eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung, eine quantitative und qualitative Verbesserung der Beschäftigung sowie eine größere soziale Kohäsion bewirken soll.

Zu diesem Zeitpunkt repräsentier-

tierte die Solidarwirtschaft 8% der europäischen Industrie. Mit ungefähr 9 Millionen Beschäftigten erfasste sie 7,9% der Lohnabhängigen und einen Großteil der Zivilgesellschaft: Es wird geschätzt, dass 25% der EU-Bevölkerung Anhänger der Solidarwirtschaft sind und dies sowohl als Produzenten, Konsumenten, Studenten oder Freiwillige.

Zum Abschluss noch eine Zahl: Im Jahr 1991 beschäftigte die „Action sociale pour jeunes“ 52 Mitarbeiter.

-> (Fortsetzung folgt)